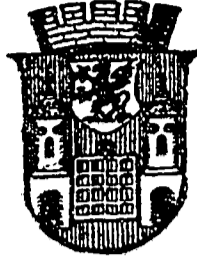


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Stempelpflicht Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestelldat. besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 10

Donnerstag, den 12. Januar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hielt am Mittwoch seine erste Sitzung im neuen Jahre ab und beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Etatsberatung.
Am Donnerstag sind in Warschau die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen worden.
Das Gnadengeis des berüchtigten Doppelmörders Wätcher ist vom preussischen Staatsministerium als letzte Spaltung abgelehnt worden.
In der Donnerstagsziehung der Preussisch-Südwestischen Klassenlotterie fiel der Hauptgewinn von 100 000 Reichsmark auf die Nummer 83 290, und zwar nach Berlin und Neustrelitz.
In Berlin-Moabit wurde eine Hauswallerin von zwei Männern niedergeschlagen. Die Täter raubten 700 Mark.
Der im Schnellzug München-Berlin in Saalfeld ergriffene Posträuber Darm hat ein Geständnis abgelegt.

Zu den Millionen-Schiebungen in deutschen Sachlieferungen.

Ein Verfahren der Pariser Staatsanwaltschaft. — Deutsche Firmen beteiligt?

Wie die französische Nachrichtenagentur Havas berichtet, hat die Staatsanwaltschaft in Paris auf Antrag des Finanzministeriums den Untersuchungsrichter beauftragt, eine Reihe von Angelegenheiten zu untersuchen, bei denen es sich um betrügerische Mandate bei der Ausführung von Sachlieferungen auf Reparationskonten handelt. Durch falsche Angaben des wahren Wertes der auf Reparationskonten bezogenen Waren hätten sich die vertragsschließenden Parteien, Deutsche wie Franzosen, beträchtliche Vorteile zu sichern gesucht. Bei diesen betrügerischen Manipulationen sei auch die nicht geklärte Ueberführung von Bargeld aus Deutschland nach Frankreich die Folge gewesen. Die französische Regierung habe, sobald sie Kenntnis von diesen betrügerischen Mandaten erhalten habe, durch die in Frage kommenden Verwaltungsstellen eine Untersuchung veranlassen und beschließen, ein gerichtliches Verfahren in allen den Fällen einzuleiten, in denen strafbare Handlungen festgestellt worden seien.

Wie die französische Presse auf Erfundigungen in gut unterrichteten Kreisen mittelst, soll es sich um Betrügler handeln, die

ein Mehrfaches von zehn Millionen betragen. Die Regierung sei entschlossen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen, da andernfalls die Möglichkeit der französischen Kontrahenten bei Abmachungen über die Lieferung auf Reparationskonten diskreditiert werden könnte. Nach „Petit Journal“ hat die Polizei bereits Feststellungen nicht nur in Paris, sondern auch in Straßburg, Schlettstadt und Besancon unternommen. Etwa zwölf Personen seien in die Angelegenheit verwickelt, und wahrscheinlich seien die französischen Käufer mit den deutschen Lieferanten einig gewesen hinsichtlich der Fälschung von Papieren, die es ermöglicht hätten, den Betrag durchzuführen, der in der Hauptsache darin besteht, sich Zollfreiheit für die Einfuhr der auf Reparationskonten gelieferten Waren zu beschaffen.

Die deutsche Auffassung.

Französische Firmen Antizipat zu den Schiebungen.

Wie von zuverlässiger deutscher Seite mitgeteilt wird, dürften die Anregungen zu den unsittlichen Verträgen von französischen Firmen gegeben worden sein. Verantwortliche deutsche Stellen und die allierten Reparationsinstanzen haben von den unerlaubten Operationen vor ihrer Entdeckung keine Kenntnis gehabt. Der Reichskommissar für die Reparationsleistungen hat eine scharfe Kontrolle angeordnet und die in Frage kommenden Firmen zunächst von weiteren Sachlieferungen ausgeschlossen. Es auch eine strafrechtliche Verfolgung der deutschen Firmen notwendig werden wird, steht noch dahin. Eine Schädigung deutscher Interessenten durch die betrügerischen Manipulationen liegt insofern vor, als für Sachlieferungen bestimmte Beträge teilweise als Barzahlung von deutschen Firmen an französische Firmen überwiesen worden sind. Die Frage, wer den Schaden zu tragen hat, ist noch nicht geklärt, aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Alliierten die Leidtragenden sein. Die Namen der an den Schiebungen Beteiligten sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Deutsche Instanzen gaben den Anlaß zur Aufdeckung.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, verhält sich die Angelegenheit so, daß das deutsche Sachlieferungsbüro in Paris Anfang Dezember vorigen Jahres Veranlassung nehmen mußte, den französischen Sachlieferungsdiens auf Unstimmigkeiten aufmerksam zu machen, die anscheinend bei einigen Reparationsverträgen obwalteten. Daraufhin veranfaltete Untersuchungen haben den Verdacht vorgekommener unautentischer Machenschaften bekräftigt, worauf der französische Minister der öffentlichen Arbeiten die Präfecten der zerstörten Gebiete angewiesen hat, in eine Preisprüfung der vorgelegten Reparationsverträge einzutreten. Es muß also festgestellt werden, daß gerade die deutschen Instanzen es waren, die zuerst auf die Machenschaften hinwiesen und den Anlaß zu ihrer Aufdeckung gaben.

Kompromißlösung beim Schulgesetz.

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich gestern in nahezu sechsständiger Sitzung mit den Paragraphen 14, 16 und 20 des Reichsschulgesetzes. Wie am Schluß der Sitzung von dem Vorsitzenden des Ausschusses mitgeteilt wurde, ist über die Paragraphen 14 (Religionsunterricht in den Volksschulen) und 16 (Einsichtnahme in den Religionsunterricht) eine Einigung zwischen den Regierungsparteien erzielt worden, und zwar durch eine Fassung, die der Befürchtung, als könnte die geistliche Ortschulaufsicht wieder entstehen, den Boden entziehen soll. Die Verhandlung über § 20, der die Gebiete aufzählt, die als Simultanschulländer vorläufig von dem Gesetz ausgenommen sind, ist noch nicht zu Ende geführt worden. Der Ausschuß hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Die gestrigen Vereinbarungen über die Paragraphen 14 und 16 werden in der Sitzung des Bildungsausschusses am Donnerstag als formulierte Anträge dem Gesetzentwurf eingefügt werden.

Polen stimmt dem Abschluß eines „kleinen“ Handelsvertrages zu.

Reichsminister a. D. Dr. Hermes ist am Donnerstag mit der deutschen Delegation zur Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder in Warschau eingetroffen. Wie verlautet, hat Polen sich nunmehr damit einverstanden erklärt, daß die Verhandlungen zunächst auf die Schaffung eines sogenannten kleinen Handelsvertrages beschränkt werden. Die polnische Presse zeigt große Hoffnungsfreudigkeit. Die Warschauer Blätter geben sich sämtlich der Hoffnung hin, daß Deutschland den polnischen Wünschen in bezug auf die Fleisch- und Rohleinfuhr aus Polen in befriedigendem Umfange entgegenkommen wird. Die deutsche Delegation wird bei den Verhandlungen natürlich das Wohl der gesamten deutschen Volkswirtschaft im Auge behalten. Von Bedeutung ist übrigens noch, daß Polen eine erhebliche Heraussetzung seiner Zollsätze plant, so daß diese Verschlebung durch entsprechende Vergünstigungen für deutsche Waren berücksichtigt werden muß.

Streit um die Grenzpfähle.

Litauen will die Umlegung der Grenzpfähle fortsetzen. Verstärkung der polnischen Wache.

An der polnisch-litauischen Grenze fand eine Zusammenkunft von Vertretern der beiderseitigen Grenzwachposten statt, in der der Grenzzwischenfall, der zur Entschärfung eines litauischen Soldaten geführt hatte, erörtert wurde. Hierbei forderte der litauische Vertreter, daß die Grenzpfähle über den Fluß Wislanitz hinausgerückt würden, da dieses Gewässer noch zu Litauen gehöre. Der polnische Offizier verweigerte die Ausführung dieses Verlangens und kündigte an, daß im Falle des Umschlagens oder Wegrückens der Grenzpfähle die polnischen Grenzposten entsprechend reagieren würden. Der litauische Vertreter erklärte, die litauische Grenzposten werde mit der Verlegung der Grenzpfähle fortfahren. Daraufhin beschloß Polen, in das Gebiet des Wislanitz einen besonderen Grenzposten aufzustellen. — Damit dürften neue Zwischenfälle gewiß sein.

Das Kriegsschäden-Schlußgesetz.

Die Begründung der Reichsregierung. — 291 000 zu erledigende Schadensfälle mit einem Friedenswert von 10,4 Milliarden.
Dem Reichstage ist jetzt die Begründung des Kriegsschadensschlußgesetzes zugegangen. Insgesamt sind rund 291 000 Schadensfälle zu erledigen, darunter 61 000 Werbepapiererschadensfälle. Von den restlichen 230 000 Schadensfällen entfallen 95 900 auf das Ausland, 17 500 auf die

ehemaligen Schutzgebiete, 136 800 auf die entziffenen Ost- und Nordgebiete, 34 800 auf oberösterreichische Aufwandschäden und 45 000 auf die entzifferten Westgebiete. Der Friedenswert sämtlicher Schäden wird für Liquidationsschäden auf 7,6 Milliarden, für Gemalischäden auf rund 2,8 Milliarden, insgesamt auf rund 10,4 Milliarden Mark geschätzt. Auf diese Schäden sind bis zum 1. Dezember 1927 als Entschädigung bewilligt worden insgesamt 1014 Millionen Mark, worauf an Liquidationsschäden rund 429, an Gemalischäden rund 535 Millionen entfallen. Weiter 59 Millionen werden das Reichsentenschädigungskomitee ausschütten, so daß sich die Gesamtentenschädigung auf rund 10 Prozent des Schadens belaufen wird. Das sich nach dem Entwurf ergebende Entschädigungskapital beläuft sich auf 1028,5 Millionen Mark. Hiervon entfallen rund 165,5 Millionen auf die Varentschädigung, rund 737,6 Millionen auf die tilgbaren Schuldbeiträgen und rund 134,4 Millionen auf den untilgbaren Zuschlag. Die Gesamtbelastung des Reiches, die durch die Bewirtung der Sachzahlungen, die Verzinsung und Tilgung begründet wird, beläuft sich auf rund 1561,1 Millionen Mark.

Der Etat des Landwirtschaftsministeriums.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags hat in den letzten Tagen die Beratung des neuen Staatshaushalts mit der Besprechung des Etats des Landwirtschaftsministeriums begonnen. Die Einzelaussprache und die Abstimmungen finden in der kommenden Woche statt. An der Debatte nahmen bisher Vertreter aller Fraktionen und

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger teil, der die gegenwärtigen Verhältnisse der Landwirtschaft schilderte. Wie groß die Not des Landes sei, ergebe sich daraus, daß die Zwangsversteigerung von Grundstücken im Vorjahre der Fläche nach den doppelten Umfang wie 1913 gehabt habe. Das gelte besonders für Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und Hannover. Die Verwendung von Kunstdünger, die viel zum Erfolg der Ernte beigetragen habe, leide darunter, daß es den Landwirten an notwendigen Geldmitteln fehle.

Hinsichtlich der Verjüngung der Landwirtschaft gab der Minister seiner Ansicht erneut dahin Ausdruck, daß eine Ueberwindung der gesamten Landwirtschaft nicht besteht; die Kreditkrise ist nach der Auffassung des Ministers vielmehr in den einzelnen Gegenden verschieden und u. a. auch von der Größe des Besitzes abhängig. Eine Entschuldungsaktion sei natürlich unbedingt notwendig, notfalls müßten die erforderlichen Mittel durch Anleihen beschafft werden. Betriebe, denen nicht mehr geholfen werden könnte, müßten bei der Generalkonzernierung der Real- und Personalschulden ausschneiden.

Die Parteirechner unterstrichen die Notwendigkeit einer staatlichen Hilfsaktion, forderten teilweise eine allgemeine Entschuldungsmaßnahme und betonten insbesondere die Schicksalsverbundenheit der Industrie mit der Landwirtschaft.

Politische Rundschau.

Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten Dr. Schacht zum Feste der silbernen Hochzeit Glückwünsche ausgesprochen.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen über die Erneuerung des Wirtschaftsabkommens nehmen nach Meldungen Pariser Blätter einen zwar langsamen, aber doch guten Verlauf. Allgemein wird ein erfolgreicher Abschluß der Besprechungen erwartet.

Stresemann auf dem Wege zur Genesung.
— Berlin, 12. Januar. Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der bereits seit mehreren Tagen erkrankt ist, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der Minister hofft, zu Beginn der neuen Woche wieder die Amtsgeschäfte übernehmen zu können.

Angriffe Löbes auf die Reichsregierung.
— Königsberg, 12. Januar. Anlässlich einer Rundgebung des Reichsbanners hielt Reichstagspräsident Löbe hier eine Rede, in der er ausführte, die Aufgabe der nächsten Zeit sei die Zerstärkung der jetzigen Reichsregierung. An ihre Stelle müsse ein auf republikanischem Boden stehendes Kabinett treten. Zum Schluß beschäftigte sich Löbe noch mit der Rede des Stahlhelmführers Düsterberg in Kiel und führte aus, Oberleutnant Düsterberg habe erklärt, daß eine Besserung auf parlamentarischem Wege nicht möglich sein werde. Der „Stahlhelm“ mache sich schlagfertig und marschbereit. Man könnte vielleicht fragen, ob der Oberreichsanwalt, der „so leicht Bedro-

Horizontalgatter. Ein Hobelwerk wurde im Jahre 1903 errichtet. Im Jahre 1911 nahm er seine Kinder mit in die Firma auf, die er in eine Kommanditgesellschaft umwandelte. Die heutigen Leiter sind des Gründers Söhne Konrad und Arnold Müller. Die Fabrik beschäftigt 320 Arbeiter, von denen 44 bereits über 25 Jahre bei der Firma tätig sind.

Freienwalde a. O. (Ein Kommunalarzt für Freienwalde.) Das Fehlen eines Chirurgen in unserer Stadt hat sich schon häufig unangenehm fühlbar gemacht. Alle Kranken, bei denen eine Operation nötig war, mußten bisher nach dem Auguste-Viktoriaheim in Eberswalde gebracht werden. Diesem Uebelstande soll nunmehr abgeholfen werden, da die städtischen Körperschaften beschlossen haben, vom 1. April d. J. ab in unserem Krankenhaus einen Chirurgen anzustellen. Die Wahl ist auf den zeitigen Oberarzt der 2. chirurg.-agnal. Abteilung des Krankenhauses im Friedrichshain, Dr. Beer, gefallen. Nebenbei soll Dr. Beer noch die kommunalärztliche Tätigkeit in unserer Stadt ausüben. Er wird darin von seiner Frau, die ebenfalls praktische Ärztin ist, unterstützt werden.

Templin. (Schließung des Gefängnisses.) Das hiesige Gefängnis ist nunmehr endgültig als Gefangenenanstalt geschlossen worden. Ueber die zukünftige Verwendung des Gebäudes ist noch nicht entschieden.

Der Lotteriegewinn nach Berlin gefallen.
— Berlin, 12. Januar. Am Mittwoch sind in der Ziehung zur vierten Kreuzsch-Süddeutschen Klassenlotterie die mit großer Spannung erwarteten Hunderttausend-Mark-Gewinne gezogen worden; sie sind auf die Nummer 83 290 gefallen. Während 100 000 Mark in der einen Abteilung wieder nach Berlin gefallen sind, wohnen die Gewinner des Loses der anderen Abteilung in Neustrelitz. Alle Glücklichen spielen die Lose in Ahtel- oder Viertel-Teilen, so daß die Gewinner kleine Leute sind, die das Geld dringend gebrauchen können.

Zu der Berliner Explosion.

Merkwürdige Belundungen zu der Berliner Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee.

Zwecks Feststellung der Ursache, die zu der verhängnisvollen Explosion in der Landsberger Allee in Berlin geführt hat, ist bisher von der Kriminalpolizei der weitaus größte Teil der Mieter eingehend vernommen worden.

Inzwischen sind auch die nicht völlig zerstörten Wohnungen zum Teil zwangsweise geräumt worden. Den Mietern wurden Notwohnungen angewiesen. Ein Teil von ihnen hat aber davon keinen Gebrauch gemacht und muß anderwärts Unterkunft gesucht und gefunden haben. Ihr Aufenthalt ließ sich bisher nicht ermitteln.

Große Überraschung haben neuerdings die Belundungen von Augenzeugen verursacht, die am Nachmittag vor dem Unglück eine höchst interessante Wahrnehmung machen konnten. Ein Mann, der nachmittags zwischen 4½ und 5 Uhr die Landsberger Allee entlang ging, sah von dem gegenüberliegenden Bürgersteig aus, wie vor dem Unglückshaus plötzlich eine etwa einen Meter hohe Flamme aus dem Straßenspalt her emporstach. Auch andere Passanten sahen die unerkennliche Erscheinung und eilten darauf zu. Als sie jedoch hinkamen, war die Flamme schon wieder erloschen. Sie hat kaum länger als drei Sekunden gedauert.

Die Berliner Kriminalpolizei hat an alle Personen, die die überaus merkwürdige Erscheinung ebenfalls wahrgenommen haben, die Aufforderung erlassen, sich baldigst zu melden, so daß man wohl hoffen darf, daß über den sonderbaren Vorgang bald größere Klarheit geschaffen werden kann.

Explosionsinterpellation im Berliner Stadtparlament.

Sämtliche Fraktionen im Berliner Rathaus haben beschlossen, in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag folgende Dringlichkeitsanfrage an den Magistrat zu richten: Sind dem Magistrat die beiden Katastrophen in der Landsberger Allee und in der Parkstraße in Dahlem bekannt, und welche Maßnahmen hat der Magistrat bisher zur Vinderung der Notlage der beteiligten Hausbewohner getroffen? Ferner, welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen, um in Zukunft derartige verhängnisvolle Katastrophen zu verhüten oder einzuschränken?

Rein Selbstmord Stammers.

Unglücksfall oder Fahrlässigkeit?
Zu den letzter Tage aufgetauchten Vermutungen, daß die Explosion in der Parkstraße zu Berlin-Dahlem mit einem Selbstmord des Mitinhabers der Firma, des Kaufmanns Stammer, in Verbindung zu bringen sei, wird jetzt berichtet, daß nach den neueren Meldungen ein Selbstmord nicht in Frage kommt. Die Kriminalpolizei mußte allerdings diese Möglichkeit in Erwägung ziehen und sie einer gründlichen Nachprüfung unterziehen.

Nunmehr kommt also nur ein Unglücksfall oder eine Fahrlässigkeit in Frage. Wäre tatsächlich ein Selbstmord Stammers erwiesen, so wäre die Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen Weingärtner hinfällig geworden. Jetzt aber besteht sie noch.

Wassersnot und Eisgefahr.

Große Verheerungen an der Wasserfront. Viele Teile Schleswig-Holsteins und Nordhannovers sind infolge der Eis- und Schneeschmelze, sowie der starken Regenfälle der letzten Tage von Hochwasser sehr heimgesucht worden. Die Diefen und Felder sind zum größten Teil überschwemmt. In verschiedenen Gegenden drang das Wasser bis in die Kellerräume, auch mußten zahlreiche Ställe geräumt werden. Wie weiter berichtet wird, hat sich im Nordfriesischen Wattennear das Eis zu einer Höhe von mehreren Metern aufgetürmt und die Eisbollenberge treiben mit Ebbe und Flut hin und her. Durch den schweren Eisgang wurden im Nordseebad St. Peter von der einen Allee

meter langen Sandbankbrücke zwei Teile von etwa 400 Metern weggerissen. Tausende von Wildenten, die mit den Fischen auf dem Eis gefroren waren, sind am Rande des Ostfriesischen Wattennear tot aufgefunden worden.

Einer Stralsunder Meldung zufolge ist der dortige Hafen wieder für die Schifffahrt frei. Seit fast drei Wochen war der Hafen nur durch die von dem städtischen Eisbrecher offengehaltene Fahrrinne von Palmerort zu erreichen gewesen, während die nördliche Schifffahrtsstraße von Darhöft (Prohner Blek) durch eine Eisdicke blockiert war, die im Sunde nahe Stralsund auch den Uebergang nach Rügen sogar für Pferd und Wagen gestattete. Der Stralsunder Bergungsdampfer „Hertha“, der von Sahnitz kommend über Darhöft hier eintraf, hat nun eine Fahrrinne auch nach Norden brechen können. Die Eisbrücke nach Rügen ist damit wieder unterbrochen.

Das Schicksal des Berliner Doppelmörders Böttcher erfüllt sich.

Es besteht kaum noch ein Zweifel: Der Berliner Doppelmörder Max Böttcher, der Mörder der Gräfin Lambdorff und der kleinen Senta Edert, ist als Verlorener anzusehen. Der Tag, da sich sein Schicksal erfüllen soll, ist bedenklich nahe gekommen, da das Todesurteil nunmehr endgültig vollstreckbar wurde.

Allerdings machen die Verteidiger Böttchers große Anstrengungen, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erzielen. Dieser Antrag wird damit begründet, daß Böttcher zur Zeit als geisteskrank bezeichnet werden müsse, so daß also angenommen werden müßte, daß er bereits bei Begehung der Tat doch in weit höherem Maße nicht mehr im Besitz seiner vollen geistigen Kräfte gewesen ist, als das die Sachverständigen seinerzeit angenommen haben. Es wird also Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund des Par. 51 des Strafgesetzbuches gestellt.

Der Oberstaatsanwalt wird bereits am Donnerstag zu dem Wiederaufnahmeantrag Stellung nehmen. Falls es zur Ablehnung des Antrags auf Aussetzung der Vollstreckung kommt, sind sofort die Vorbereitungen für die Hinrichtung in die Wege zu leiten.

Letzte Nachrichten.

Dem „ewigen Frieden“.

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Staatssekretär Kellogg gestern der französischen Botschaft die Antwort auf die letzte Note Briands wegen eines ewigen Friedens überreicht.

Die Reparationschwindelereien.

Paris. Im Zusammenhange mit den französischen Reparationschwindelereien sind von der französischen Behörde eine Reihe von Hausdurchsuchungen in Paris und mehreren elffährischen Städten sowie bei dem Bürgermeister von La Soupe vorgenommen worden. Dem „Ezzelsior“ zufolge erstrecken sich die Schwindelereien hauptsächlich auf Lieferung von Holz, Zucker, Ursprungsprodukten usw.

Explosionskatastrophe im Hamburger Hafen.

Hamburg. Im Hamburger Hafen, geradeüber vom Reiherrstieg, ereignete sich heute morgen kurz vor 7 Uhr auf einer mit etwa 90 Arbeitern besetzten Motorbarke der Hamburger Stauerei Gesellschaft eine Motorexpllosion, wobei 35 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden und ins Hafentrankenhaus geschafft werden mußten. Zwei Personen werden vermisst. Ein Teil der auf der Barke befindlichen Arbeiter sprang sofort über Bord und wurde von herbeigeeilten Fahrzeugen geborgen, während andere Fahrzeugzeuge die auf der Barke verbliebenen Personen übernommen hatten. Die Entstehungsurache der Explosion steht noch nicht fest.

31 Tote von „S. 4“ geborgen.

New York. Die Zahl der auf dem gesunkenen U-Boot „S. 4“ gefundenen Leichen ist insgesamt auf 31 gestiegen.

Der Rekordflug mißglückt.

New York. Der amerikanische Flieger Chamberlain hat seinen Versuch, den deutschen Weltrekord im Dauerflug zu brechen, nach vierstündiger Flugdauer abgebrochen.

Schweres Bergwerkunglück.

Cali (Columbia). In dem Bergwerk Lasgolondrinas in Columbia wurden durch einflürende Gesteinsmassen über 100 Bergleute in etwa 300 Meter Tiefe eingeschlossen. Man fürchtet, daß alle tot sein werden.

Graf Ludner bei Henry Ford.

New York. Henry Ford hat Graf Ludner und seine Gattin im Ritz-Carlton-Hotel empfangen und ihm einen Wagen seines neuesten Modells zum Geschenk gemacht. Graf Ludner überreichte als Gegengabe ein Bild des „Seeadler“. Henry Ford erklärte u. a.: „Deutschland kann stolz auf Sie als Botschafter des Friedens sein,“ und hob aus dem Gespräch über sein Unternehmen hervor, daß er unter seinen Mitarbeitern viele Deutsche habe. Er fügte hinzu, er sei ja selbst ein halber Deutscher, da seine Mutter eine Deutsche war. Er erklärte Graf Ludner, daß das Bild des „Seeadler“ einen Ehrenplatz über seinem Schreibtisch erhalten werde.

Zwei dänische Flieger tödlich verunglückt.

Kopenhagen. Ein Heeresflugzeug, das von einem Sergeanten geführt wurde und in dem sich ein Sergeant als Beobachter befand, stürzte heute vormittag in einen Graben an der alten inneren Befestigungsanlage Kopenhagens, der sich in unmittelbarer Nähe einer Hauptverkehrsstraße befindet. Die Maschine zerrummerte die Eisdecke und ging unter. Beide Flieger fanden den Tod.

Klug sein, wie er!



Frische Fische,
gute Fische!



**Frische Cigaretten,
gute Cigaretten!**

Nur die große Nachfrage schafft den
gewaltigen Umsatz und damit Frische
und Güte der vielbegehrten

Joseetti Juno

der köstlichen 48 Cigarette
ohne Mundstück und mit Gold

